

ZUSAMMENFASSUNGEN

RÓBERT HERMANN

ZSIGMOND KEMÉNY'S VERTEIDIGUNGSSCHRIFT VOR DEM KRIEGSGERICHT ALS QUELLE ZUR GESCHICHTE DER NATIONALVERSAMMLUNG 1848–1849

In seinen ersten beiden Studien über die Verteidigungsschrift des Barons Zsigmond Kemény vor dem Kriegsgericht 1849 hat der Autor einerseits bewiesen, dass das Werk eindeutig Keménys Arbeit war, und andererseits dargelegt, was Kemény sich darin über seine eigene Tätigkeit in den Jahren 1848–1849 notiert hatte. Die vorliegende Fortsetzung der Studie untersucht den Quellenwert von Keménys Verteidigungsschrift aufgrund eines spezifischen Gesichtspunktes: Inwieweit treffen sich seine Aufzeichnungen über die geschlossenen Tagungen der Nationalversammlung mit den Daten der übrigen zeitgenössischen Quellen?

Die geschlossenen Sitzungen dienten der Regierung entweder dazu, die Abgeordneten und die Mitglieder des Oberhauses über Angelegenheiten zu informieren, die das Plenum nichts angingen; oder Vorschläge vorab zu besprechen, bei denen eine bedeutendere Diskussion, eventuell die Überstimmung der Regierung zu erwarten gewesen wäre. Auf solchen Sitzungen wurden auch Fragen behandelt, die man nicht an die große Glocke hängen wollte. Im Sinne der Geschäftsordnung des Hauses konnte kein Beschluss gefasst und so auch nicht abgestimmt werden. Gleichzeitig konnte der Vorschlagende aus der Heftigkeit der Diskussion und der Anzahl der Beteiligten auf das zu erwartende Ergebnis während der öffentlichen Sitzung Schlüsse ziehen.

Kemény notierte Details über eine geschlossene Sitzung in Pest und über mehrere in Debrecen. Sie stehen mit einer Ausnahme im Einklang mit den übrigen Quellen, mehr noch: Es gab auch eine geschlossene Sitzung, über deren Details allein Keménys Verteidigungsschrift informiert. Auf der Grundlage all dessen kann festgestellt werden, dass die Verteidigungsschrift eine der wichtigen erzählenden Quellen der Geschichte der Nationalversammlung darstellt.

LÁSZLÓ ANKA

**„ALS KIND UND JUNGEN BURSCHEN MOCHTE ICH IHN
WEGEN SEINES VATERS, SPÄTER WEGEN SICH SELBST.“****– KÁLMÁN TIZAS BRIEFE AN IGNÁC DARÁNYI UND DESSEN VATER
(1867–1900)**

Kálmán Tisza war der am längsten amtierende Ministerpräsident in der ungarischen Geschichte, da er zwischen 1875 und 1890 auf dem Sessel des Ministerpräsidenten saß. Parallel dazu bekleidete er wichtige Positionen im Institutionssystem der Reformierten Kirche Ungarns, das über eine interne Autonomie verfügte. Trotzdem ist die ungarische Geschichtsschreibung eine Darstellung des vollständigen Tisza-Bildes bislang schuldig geblieben. Im Hinblick darauf, dass Tisza gerade während der „glücklichen Friedenszeiten“ an der Spitze des Königreichs Ungarn stand, die als prosperierendste Epoche der ungarischen Geschichte zu betrachten ist, kann man ohne Übertreibung behaupten, dass viele entscheidende Politiker, Schöpfungen und Ergebnisse Tisza zu verdanken sind. Das Zeichnen dieses vollständigen und sehr vielseitigen Bildes wird noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Dieselbe Aussage gilt auch im Fall des Agrarministers Ignác Darányi (1849–1927).

Kálmán Tizas Briefe zwischen 1867 und 1900 an Ignác Darányi sen. und dessen gleichnamigen Sohn, den berühmtesten ungarischen Minister für Ackerbau, stellen lediglich eine Station dieser langwierigen Arbeit dar. Als Quellenpublikation präsentiert sie den Verfasser und Adressaten dieser Briefe von der Seite, die das bisherige Bild von ihnen, in erster Linie von Tisza, der auch General genannt wurde, nuanciert.

Diese Briefe beinhalten die Interessenvertretung der reformierten Kirche, die Verwaltung ihrer innenorganisatorischen Angelegenheiten und die informelle Seite der Vorbereitung des Kongruagesetzes, das sich auch auf die von Darányi und Tisza vertretene reformierte Kirche bezog. In zwei Briefen taucht die Vetternwirtschaft auf, über die wir durch Skizzen des Schriftstellers Mikszáth erfahren konnten: wie sich der General im Interesse der materiellen Angelegenheiten seiner Parteifreunde einsetzte.

Man bekommt auch einen Einblick darüber, wie der Großgrundbesitzer Tisza mit Hilfe des älteren Darányi seine Besitzangelegenheiten regelte. Da die ständige Arbeitsbeziehung, die die beiden Familien einander näherbrachte, kann man verfolgen, wie Tizas Familienmitglieder in den Briefen auftauchen, welche Meinung er über den Teenager und späteren Agrarminister hatte. Dabei kommen verschiedene Gewohnheiten des mächtigen Politikers zum Ausdruck in Bezug auf seine Zeitungs-

abonnements, Reisen, Terminvereinbarungen zu persönlichen Treffen oder wie er seine Finanzen verwaltete. Nur in einzelnen kurzen Anmerkungen lässt Kálmán Tisza, der als unfreundlicher, verschlossener und auf Distanz bedachter Politiker dargestellt wurde und als solcher bekannt war, Einblicke in seine menschlichen Gefühle zu. Die Briefe in der Quellenmitteilung sind im Landesarchiv des Ungarischen Nationalarchivs und in der Manuskriptsammlung der Nationalbibliothek Széchényi zu finden.

ÁDÁM SCHWARCZWÖLDER

„UM FÜR DIE ZUKUNFT ARBEITEN ZU KÖNNEN,
MUSS ZUERST DIE GEGENWART GERETTET WERDEN“.

DIE KRISE 1873 UND KÁLMÁN SZÉLL ALS FINANZMINISTER

Der aus einer wohlhabenden Adelsfamilie im Komitat Vas stammende Kálmán Széll (Gasztony, 8. Juni 1843 – Rátót, 16. August 1915) war einer der hochtalentierten Politiker und Finanzexperten seiner Generation. Er nahm einen kompetenthaften Aufstieg: Im Juni 1868 wurde er (25-jährig) zum Reichstagsabgeordneten gewählt; innerhalb einiger Jahre war er ein herausragendes Mitglied der regierenden Deák-Partei und zwischen 1875 und 1878 leitete er schon als Finanzminister die Konsolidierung des ungarischen Staatshaushaltes, den das Wirtschaftsdesaster 1873 ziemlich mitgenommen hatte.

Der Aufsatz erörtert die Phase dieser inhaltsreichen Laufbahn zwischen 1858 und 1875 dauernde Anfangsphase, er begleitet Széll auf dem kurvenreichen Weg, der zu seiner Ernennung zum Finanzminister im März 1875 führte. Dabei, dass der Weg kurvenreich und nicht gerade war, spielte der Wirtschaftskrach 1873 eine wichtige Rolle, der den ungarischen Staatshaushalt vor eine ernste Herausforderung stellte. Indem das Jahr 1873 in den Mittelpunkt gerückt wurde, konnten Szélls politische Äußerungen und sein Verhalten vor, während und nach der Krise dargelegt werden. Welche Meinung vertrat er zum Prozess der Verschuldung des ungarischen Staates zwischen 1868 und 1873 und inwieweit veränderten die während der Krise gewonnenen traurigen Erfahrungen seine Ansichten? Wie wirkten sich diese Erfahrungen auf Szélls späteres Verhalten aus, bevor er den Posten des Finanzministers übernahm?

ZSOLT DUBNICZKY

BILDER UND ERGEBNISSE EINER AUSSTELLUNG.

KUNSTGEWERBEAUSSTELLUNG IN ALAJOS KÁROLYIS PALAIS 1876

Die Kunstgewerbeausstellung 1876 im Károlyi-Palais hinter dem Nationalmuseum war die erste großangelegte Veranstaltung in der einige Jahre zuvor (1873) entstandenen ungarischen Hauptstadt. Schauplatz war ein Privatgebäude der Aristokratie, das Zwecken einer Residenz diente. Die zur Schau gestellten Gegenstände stammten größtenteils aus Privatsammlungen der damaligen Aristokratie, sie setzten sich teilweise aus Spenden kirchlicher und weltlicher öffentlicher Sammlungen und des Herrscherpaars zusammen, die in fünf Sälen des Gebäudes zu sehen waren. Für die Ausstellung wurden auch mehrere Kataloge herausgegeben, mehr noch: Der Fotograf György Klösz verewigte die bedeutenderen Exponate auch in einer gesonderten Fotoreihe.

Die Veranstaltung diente Wohltätigkeitszwecken, die Einnahmen – etwa 12.600 Gulden – wurden im selben Jahr für die Unterstützung der Hochwassergeschädigten von 1876 in der Hauptstadt, in Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien aufgewendet.

Die über einen Monat währende Ausstellung galt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Ungarn als ein wichtiger Meilenstein der modernen Museologie und Kunstpolitik. Sie stellt zeitlich einen der frühesten Posten in den literarischen Hinweisen zu aktuellen Kunstwerkbeschreibungen in der Reihe von Ausstellungskatalogen dar.

Die Veranstaltung war so bedeutend, dass sie die Aufmerksamkeit von Interessenten – Laien und Experten – nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland erregte. Sie stellte das hohe Niveau des ungarischen Kunstgewerbes dar, erschloss seine jahrhundertealten Wurzeln, seinen beispiellosen, unvergleichbaren Wert und dürfte auch auf den Aufschwung der zeitgenössischen Industrie und die Entwicklung des Kunstgeschmacks, des Formensinns und des Ästhetischen gewirkt haben.

ÁRPÁD KÁLMÁN KOVÁCS

DIE REFORMIERTE NEUKONFESSIONALISIERUNG (1864–1887)

Die Bewusstseinsdebatten des reformierten „Pressekapitalismus“ der dualistischen Epoche drehten sich zumeist um losungsartige Gebilde. Die nachstehenden Begriffe waren in unterschiedlicher Lesart in aller Munde. „Evangelisch“: a) die Bibel-Erklärung nach den Lehren Luthers oder Calvins; b) humanistischer Moralismus, den man aufgrund der Bergpredigt zu realisieren hat; c) Bekehrung und Neugeburt aufgrund der Verkündung der „Predigt über das Kreuz“ sowie die ihr notwendigerweise folgende christliche Heiligung. „Orthodox“: a) Glaube an die Möglichkeit der Auferstehung und der Wunder für die Kraft und Herrlichkeit der Erlösung; b) veralteter konservativer Dogmatismus und Konfessionalismus und als solcher im Wesentlichen verborgener Katholizismus; c) Anhänger einer Tendenz, die im Fall eines Konflikts zwischen Wissenschaft und Glauben der Bibel und nicht der Wissenschaft das Recht auf Kritik gibt. „Puritanisch“: a) nach einfachen, schmucklosen Zeremonien strebende Kirche; b) ein Mensch, der in Äußerlichkeiten und Lebensweise nicht protzt; c) Mann mit einer Frau und einem reinen Familienleben. „Pietist“: a) ein Mensch, der ein frommes Leben führt; b) ein extremer, schwärmerischer, geschwätziger, weltabgewandter Frömmler. „Liberal“: a) Anhänger des theologischen Liberalismus; b) Anhänger des politischen Liberalismus; c) Anhänger der biblischen Freiheit aufgrund des *Ersten Korintherbriefes, Kapitel 10. Vers 23*, und des *Zweiten Korintherbriefes, Kapitel 3. Vers 17*, sowie des *Jakobusbriefes, Kapitel 1. Vers 25*.

In der vorliegenden Arbeit fügt der Autor fehlende Kettenglieder zwischen einige seiner früheren Beiträge ein. Er geht davon aus, dass die Debatte über die protestantische seelische Wiedergeburt, die zwischen 1891 und 1897 in den Spalten des Protestantischen Blattes von Debrecen (*Debreczeni Protestáns Lap*) wütete, einer der spezifischsten Spiegel der Epoche war. Sie wurde zu einem langfristigen bestimmenden Faktor im öffentlichen Leben der reformierten Kirche. Wenn wir das Problem „Revivalismus contra Orthodoxie“ mit den Konzeptionen vom „Erwachen des reformierten konfessionellen Glaubensbekenntnisses“ oder von der „Neukonfessionalisierung nach Liberalisierung des reformierten öffentlichen Lebens“ verbinden, treten das landesweite Gewicht und die Bedeutung der Diskussion noch mehr vor uns hervor.

Die Neukonfessionalisierung des öffentlichen Lebens in der reformierten Kirche kann in drei voneinander abweichenden, miteinander jedoch eng zusammenhängen-

den Prozessen veranschaulicht werden: in den Fragen des Herangehens in Bezug auf den *Heidelberger Katechismus*, auf die *Bibel* und auf die moderne Evangelisation. Als zeitliche Grenze des Beginns dient Mór Ballagis – übrigens schon seit Langem aktuelle – Anregung aus dem Jahre 1864 in Verbindung mit der Revision der *Károli-Bibel*. Als abschließendes Datum funktioniert Mátyás Szlávics konkrete Begriffsbestimmung aus dem Jahre 1887 im Hinblick auf den neuen Konfessionalismus. Demnach ist die Neukonfessionalisierung jene die persönliche Religiosität betonende religiöse Erwachung oder Neugeburt, die den Standpunkt der altprotestantischen Glaubenslehre restauriert, wonach die dogmenfreie Religiosität kein Christentum sei. Zum wahren Christentum sind nämlich die systematischen theologischen Kenntnisse erforderlich, damit der Inhalt der persönlichen Religiosität nach dem Maßstab des Evangeliums formuliert werden kann. Um die Modernität der Neukonfessionalisierung zu gewährleisten, darf sie nicht zur „toten Orthodoxie“ vor den neuzeitlichen geistigen Bewegungen zurückkehren.

LÁSZLÓ L. LAJTAI

DIE NICHT-UNGARISCHSPRACHIGEN LEHRBÜCHER DER UNGARISCHEN GESCHICHTE IM UNGARN DER DOPPELMONARCHIE

Ungarn war vor 1918 ein Land mit vielen Sprachen und Ethnien. Die offizielle Bildungspolitik der Epoche des Dualismus im Unterrichtswesen hatte sich in den 1860er-Jahren teilweise schon spontan herausgebildet, teilweise verstärkte sie die Praxis der vom Herrscher betriebenen Mehrsprachigkeit weiter durch die 1868 verabschiedeten Gesetze zur Regelung der Gleichberechtigung von Volksschulen und nationalen Minderheiten. Mit der Zeit wurde jedoch die Stärkung der Position der ungarischen Sprache im Unterrichtswesen sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Politik immer wichtiger und es begann eine Zurückdrängung des Schulunterrichts in den nicht-ungarischen Sprachen. Aus den ungarischen Oberschulen wurden die nichtungarischen Hilfssprachen allmählich verdrängt, obwohl es auch weiterhin Oberschulen mit nichtungarischer Unterrichtssprache gab. Im Hinblick auf die Volksschulen hingegen wurde die Gesetzgebung Anfang des 20. Jahrhunderts im Interesse eines erfolgreichen Unterrichts der ungarischen Sprache repressiv. Trotz des drastischen Rückgangs der Zahl der Einrichtungen mit nichtungarischer Unterrichtssprache (und der Stagnation bei einzelnen Schultypen) blieb jedoch die Vielfalt von Unterrichtssprachen in den Grund- und Oberschulen in Ungarn bis Ende der Epoche erhalten.

In dieser Arbeit werden also die Lehrbücher zum Thema ungarische Geschichte in der Zeit der Doppelmonarchie aus der Sicht der Entwicklung der Mehrsprachigkeit unter die Lupe genommen, wobei Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Sprachen analysiert werden. Dabei stellte sich heraus, dass die überraschend lebhafteste Mehrsprachigkeit im Angebot des Geschichtsunterrichts zum Thema Ungarn in der untersuchten Epoche mit der Zeit zwar enger wurde, diese Einengung jedoch nicht in vollem Umfang erfolgte und je nach Sprache und ethnischer Gemeinschaft einen unterschiedlichen Verlauf nahm. In vielen Fällen verschwand sie allmählich (typisches Beispiel dafür ist der Fall der slowakischen Oberschulen); bei anderen – vor allem wo sie eine unanfechtbare institutionelle Stütze in ihrer Einrichtung der eigenen konfessionellen Autonomie vorfand – stabilisierte sie sich (wie zum Beispiel bei den Serben), von Fall zu Fall konnte sie sich sogar noch festigen (bei den Rumänen und den siebenbürgischen Sachsen, wo man sich im geringsten Anteil auf übersetzte Literatur stützte und wo Autoren von Geschichtslehrbüchern aus der eigenen Gemeinschaft in höherer Zahl zu finden waren.)

KATALIN MÁRIA KINCSES

VILMOS FRAKNÓIS RÁKÓCZI-BILDER

Das namhafte ungarische katholische Kirchenoberhaupt, der Kirchenhistoriker und Kulturpolitiker Vilmos Fraknói (bis 1874 Frankl; 1843–1924) gedachte in seinem dreibändigen Werk *A magyar nemzet története* (Die Geschichte der ungarischen Nation) in einem Umfang von 35 Seiten des antihabsburgischen ungarischen Aufstandes, des Freiheitskampfes von Rákóczi (1703–1711) und seines Führers Ferenc Rákóczi II. (1676–1735), des Fürsten von Siebenbürgen. Obwohl der Autor keine neu entdeckten Archivquellen nutzte, um diese Zusammenfassung zu schreiben, formulierte er seine selbständige Meinung über den Aufstand und die Person Rákóczi, indem er sich auf ähnliche Arbeiten seiner namhaften Vorgänger als Historiker im Reformzeitalter László Szalay (1813–1864) und Mihály Horváth (1809–1878) sowie auf die damals in gedruckter Form erschienenen Memoiren Rákóczis stützte. Der Aufsatz weist nach, dass Rákóczi nach Vilmos Fraknóis Einschätzung über grundsätzlich realistische politische Vorstellungen verfügte. Die Einigung mit den Habsburgern wollte er durch Friedensverhandlungen während des Freiheitskampfes und aufgrund der politischen Kultur seiner Zeit durch internationale Sicherheitsgarantien bestätigen. Den Freiheitskampf zwischen den Aufständischen und den Habsburgern schloss 1711 der Friede von Sathmar ab, den Rákóczi schließlich nicht akzeptierte, daher war er zur Emigration gezwungen. Zunächst ging er zum Hof des französischen Sonnenkönigs, der den Aufstand vor allem durch diplomatische Versprechungen unterstützt hatte; nach dessen Tod reiste er in die Türkei und von dort kehrte er nicht mehr zurück. Vilmos Fraknói beschrieb in seinem historischen Werk die letzten diplomatischen Versuche des emigrierten Fürsten, sein Schaffen als Schriftsteller, seine tiefe Religiosität und im Allgemeinen sein Exil mit wissenschaftlichem Anspruch und zugleich mit Sympathie.

Rákóczi wurde bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Symbol Nummer eins der Habsburg-Feindlichkeit, der ungarischen Freiheit und Unabhängigkeit. Sein Kult in Ungarn durchdrang das gesamte politische und öffentliche Leben. Das Jahr 1903 kann als Höhepunkt des Rákóczi-Kults gewertet werden, als Rákóczis politischer Kult unter dem Deckmantel des 200. Jahrestages des Beginns des Freiheitskampfes aufblühte. Vilmos Fraknói hielt vor einem katholischen Kreis eine Festrede, in der eine völlig andere Einstellung zu Rákóczi zu beobachten ist, als sie in seinem drei Jahrzehnte zuvor verfassten historischen Werk stand. Der gelehrte Historiker wechselte nämlich die Rolle: Von einem maßvollen Historiker wurde er durch den politischen Kult zu einem katholischen Kirchenoberhaupt, das Rákóczi als Heiligen verehrte.

DÁVID LIGETI

SPIESSRUTENLAUF – GENERAL DER INFANTERIE FRANZ CONRAD VON HÖTZENDORF IN DEN ERSTEN MONATEN DES GROSSEN KRIEGS

General der Infanterie Franz Conrad von Hötzendorf führte die kaiserlich- und königlichen Streitkräfte als Chef des Generalstabes Österreich-Ungarns. In meiner Arbeit untersuche ich Conrads Wirken in den ersten Monaten des Ersten Weltkriegs, also im Jahr 1914. Neben der Darlegung der militärischen Operationen hielt ich es für wichtig, auf den Hintergrund und die Beweggründe der Entscheidungen des Generals auf der Basis persönlicher Quellen einzugehen.

In der analysierten Periode führte die Monarchie insgesamt acht Offensiven durch und kämpfte aufopferungsvoll an der Ostfront, um die deutsche Armee zu unterstützen. Conrads Manöver wurden sowohl von Zeitgenossen als auch von der Nachwelt reichlich kritisiert, es war aber tatsächlich gelungen, die Russen zu binden. Die Verluste der Monarchie waren jedoch sehr schwerwiegend, die Berufsarmee der Friedenszeiten wurde im Wesentlichen vernichtet. Diese Monate Conrads bedeuteten damit auch das Ende des Großmachtstatus des dualistischen Staates.

ATTILA RÉFI

DER EIN JAHRHUNDERT WÄHRENDE LEBENSWEG DES FELDMARSCHALLLEUTNANTS IMRE V. CSÉCSI NAGY (1868–1967)

– TEIL III. SEIN LEBEN UND SEINE TÄTIGKEIT IN DER ÖFFENTLICHKEIT
DER HORTHY-ÄRA (1920–1944)

Nach seinem Prozess und seiner Gefangenschaft in Rumänien verließ der pensionierte Husarenoberst Imre Csécsi Nagy Rumänien und ließ sich im Oktober 1920 in Restungarn nieder. Dank dem „Verschwörungs“-Prozess war sein Name in Ungarn zu dieser Zeit schon in breitem Kreis bekannt und geachtet. Auf diese Weise stand er samt seinen angeklagten Kameraden eine ganze Zeitlang im Mittelpunkt des Interesses, und aus Anlass ihrer Freilassung fanden mehrere Festveranstaltungen statt.

Dadurch festigten sich Csécsi Nagys soziales Netzwerk und seine gesellschaftliche Position beachtlich, was durch den Neubeginn und den Aufstieg seiner Militärkarriere gesteigert wurde. Reichsverweser Miklós Horthy reaktivierte nämlich Csécsi Nagy, mit dem er schon lange gut bekannt war, am 21. Januar 1921 und beförderte ihn zugleich zum General. So wurde er bald in den sog. Heldenorden (Vitéz-Orden), die emblematische und hoch angesehene Organisation der Horthy-Ära, aufgenommen. Am 21. August 1921 wurde er zum Ritter (Vitéz) geschlagen.

Im März 1922 erfolgte seine Ernennung zum Interimsvorsitzenden des Obersten Honved-Gerichtshofs. In dieser Eigenschaft musste er in einer äußerst prekären Angelegenheit, im Prozess gegen den Major Gyula Ostenburg-Moravek, vorgehen, der am zweiten Königsputsch teilgenommen und damals großen Wirbel ausgelöst hatte. Vom 1. Juli 1922 an wurde Csécsi Nagy auch offiziell zum stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Honved-Gerichtshofs ernannt. Ein Jahr später, am 1. Juli 1923 wurde er jedoch infolge der Verfügungen im Friedensdiktat von Trianon in den Ruhestand versetzt.

Danach trat im Leben Csécsi Nagys eine neue und außerordentlich bewegte Periode ein. Der noch rüstige pensionierte General wurde nämlich zu einem äußerst aktiven Mitgestalter des ungarischen öffentlichen Lebens und der verschiedenen gesellschaftlichen Ereignisse. Er war beispielsweise Präsidialmitglied, vom Mai 1924 Präsident des Nationalverbandes der Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen (ung. Abk. HADRÓÁ). Diese Funktion übte er bis zur Auflösung der Organisation 1929 aus. Später, von 1935 an, hatte er die Funktion des Vorsitzenden der Wirtschaftspolitischen Landespartei der Kriegsteilnehmer inne. Dank seinen Seelsorger-

Ahnen und seinem Engagement für den Protestantismus spielte er auch in deren 1924 geschaffenen gemeinsamen Verein, dem Landesverband Gábor Bethlen, eine wichtige Rolle, zwischen 1931 und 1933 war er der geschäftsführende Ko-Präsident der Organisation. Natur und Jagd übten auf ihn ebenfalls eine starke Anziehungskraft aus. Daher übernahm er im Ungarischen Landesjagdschutzverein „Hubertus“ lange Zeit eine entscheidende Rolle. Mehr noch: Zwischen 1928 und 1940 bekleidete er auch den Posten des Vorsitzenden dieses Vereins. Zusammenfassend kann man sagen, dass Csécsi Nagy in der Zwischenkriegszeit der Leitung von etwa 50 verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen angehörte. Seine imposante Tätigkeit im öffentlichen Leben ging etwa 1940 zu Ende. Dabei dürften einerseits sein fortgeschrittenes Alter und seine nachlassende Gesundheit, andererseits die allmähliche Veränderung des Stils der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt haben.

LÁSZLÓ OROSZ

DIE ERHALTUNG DER NATIONALEN MINDERHEITEN IST „DAS UREIGENSTE INTERESSE DES ZUKÜNFTIGEN UNGARISCHEN STAATES [...]”

JAKOB BLEYERS ROLLE IN DER REGIERUNG (1919–1920) IM KONTEXT DER
BESTREBUNGEN DER UNGARDEUTSCHEN ALS NATIONALE MINDERHEIT

Das konterrevolutionäre Regime, das nach dem Sturz der Räterepublik an die Macht gekommen war, diente in seiner (kurzen) Anfangsphase in vollem Maße der wichtigsten politischen Priorität, der Erhaltung der territorialen Integrität. In der Kommunikation der entgegenkommenden Haltung der Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten ist dieses Bestreben besonders zu erkennen. Von der naiven Hoffnung ausgehend, dass im Laufe des Verfahrens der Entscheidungsfindung der gleichzeitig laufenden Friedenskonferenz vielleicht noch nicht alles gelaufen war, schien es jedem eindeutig, dass nur mit dem Angebot einer beispielhaften Nationalitätenpolitik und einer sachgemäßen Alternative gegenüber den zentrifugalen Bestrebungen der nicht ungarisch sprechenden Bevölkerung irgendeine Hoffnung bestehen konnte. Dieser Versuch, wie früher die verlockende Politik der Károlyi-Regierung Ende 1918, versprach nur ein geringes Ergebnis. Ein Gutteil der Minderheiten war schon in der Periode des bürgerlich-demokratischen Kurses kaum noch zu überzeugen (denn die Mehrheit erklärte ihren Beschluss über Trennung und Anschluss), die konterrevolutionäre Regierung rechnete jedoch durch das Wohlwollen der Großmächte noch in vielerlei Hinsicht mit beachtlichen Korrekturen. Voraussetzung dafür war jedoch, dass es ihr gelingt, die Existenz solcher Kräfte zu demonstrieren, und zwar genau seitens der einheimischen nationalen Minderheiten, die sich dem Separatismus widersetzen und zentripetale (also nach innen ziehende) Bestrebungen betonten.

Am besten geeignet erschienen dafür offensichtlich die deutsche Minderheit, sie wurden nämlich durch die geografische Entfernung von ihrem Mutterland niemals von solch irredentistischen Bestrebungen getrieben wie – sagen wir – die Rumänen und Serben, die sich nach Vereinigung mit ihren Mutternationen sehnten. Die Los-trennung lag auch im Herbst 1918 nicht in ihrem Interesse, sie sahen auch damals keine günstigere Alternative als die bestehende, um ihre eigene Volksgruppe zusammenzuhalten. So konnten sie sich kaum wünschen, in den Rahmen eines anderen – nicht weniger nationalistischen – Staatsgebildes hinüberzugelangen. Genau dieser Umstand war es, der der Budapester Regierung die Möglichkeit schuf, ihre Strategie auf die positiven Traditionen und wohlwollende Unterstützung als beispielhafte

Attitüde einer Minderheit, der ihr gegenüber von Anfang an nicht feindlich eingestellten deutschen Gemeinschaft aufzubauen. Das heißt, dass sie im Wesentlichen in Form eines aufeinander angewiesenen und gegenseitig vorteilhaften Partnerschaftsverhältnisses und gegen die Garantie gewisser Konzessionen auf die offenkundige Manifestation der staatspatriotischen Gesinnung der deutschen Minderheit hoffte.

Diese Grundeinstellung der Regierung fand einen idealen Partner in der Person des Professors für Germanistik an der Budapester Universität, Jakob Bleyer, des angesehenen Führers der ungarländischen Deutschen. Bleyer schien vollkommen geeignet dafür, die Erwartungen des neuen Kurses nach der revolutionären Epoche zu befriedigen. Sein politisches Antlitz passte prima in das Ideensystem der Konterrevolution: Er war betont christlich und national, linksfeindlich und integritätsschützend, noch dazu deutscher Abstammung. Die oben signalisierte Interessengleichheit und Partnerschaft verkörperte sich sozusagen in ihm. Durch diese Interessengleichheit wurde Bleyer im August 1919 Minister für nationale Minderheiten der Friedrich-Regierung, dann auch der nachfolgenden Regierungen von Huszár, Simonyi-Semadam und Teleki.

Die Studie behandelt die Tätigkeit Bleyers und des von ihm geführten „Nationalitätenministeriums“ sowie seine wichtigeren Maßnahmen im Zeichen des Integritätsschutzes.

GÁBOR HOLLÓSI

DAS UNGARISCHE SYSTEM DER NOMINIERUNG VON ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Das Institut der Nominierung von Abgeordneten war schon in der Zwischenkriegszeit in der Mehrheit der europäischen Wahlsysteme wohl bekannt. Sein Ziel kann man kurz und bündig so zusammenfassen, dass die Wähler ihre Stimmen nur für eine Person abgeben durften, die sie unter vorher in einer Rechtsregel festgelegten Bedingungen als Parlamentsabgeordneten nominierten. Das damalige ungarische Nominierungssystem war innerhalb des europäischen Umfeldes durch seine außerordentliche Kompliziertheit gekennzeichnet. Daraus folgte naturgemäß die hohe Anzahl von Missbräuchen. In dieser Arbeit befassen wir uns jedoch nicht mit den Missständen, sondern machen das ungarische Regelwerk bekannt, und zwar so, dass zwischendurch immer seine europäischen Bezüge erforscht werden. Dementsprechend besteht die Arbeit aus drei Einheiten.

Vor allem klassifizieren wir die Systeme der Nominierung von Abgeordneten auf dem Kontinent, um die Position der ungarischen Regulierung zwischen den beiden Kriegen aufzeigen zu können. Anschließend betrachten wir die Entwicklung der ungarischen Regelungen auf der Grundlage der Wahlrechtsverordnung 1922, des (ersten) Wahlrechtsgesetzes 1925, der sogenannten „Empfehlungs“-Novelle 1937, sowie des (zweiten) Wahlrechtsgesetzes 1938. Schließlich ziehen wir die Begründungen der erwähnten Gesetze und das Diskussionsmaterial der Nationalversammlungen heran und suchen die bei ihrer Schaffung aufgetauchten europäischen (komparatistischen) Beispiele. Aus unseren Analysen wird auch ersichtlich, was die Gesetzesbegründung, die den Standpunkt der Regierungspartei widerspiegelte, oder was eben die parlamentarische Opposition für wert erachtete, aus dem Nominierungssystem einzelner ausländischer Staaten hervorzuheben.

LAJOS KOCSIS

ROLLE DER LANDESFAHNEN BEI DER PATRIOTISCHEN ERZIEHUNG IM UNGARN NACH TRIANON

Die Landesfahnen, die als Ergebnis der landesweiten Ausbreitung der gleichnamigen Bewegung geweiht wurden, sind zu Symbolen „des unerschütterlichen Festhaltens am ungarischen Boden“ geworden. Ihr Ausgangspunkt war die Aufstellung der Landesfahne auf einem Podest, das als Reliquie Erde vom gesamten Gebiet des historischen Ungarns barg, 1928 auf dem Budapester Szabadság-Platz. Da das gesamte Unterrichtswesen von der Idee der Wiederherstellung des historischen Ungarn durchdrungen war, erschien die Landesfahnen-Bewegung – als Erziehungsfaktor – auch im Leben der Schulen. Auf die Schüler und Studenten, die ihre Gedenkfeiern unter den Landesfahnen abhielten, übten die Halbmast-Denkmäler, die den Gedanken der ungarischen Auferstehung symbolisierten, eine große Wirkung aus, sie festigten ihren Glauben daran, dass die nationale Einheit innerhalb kurzer Zeit Wirklichkeit wird.

Die Erwartungen, die mit der Gründung der Bewegung als Ziele formuliert wurden, sind auch im Fall der schulischen Landesfahnen eindeutig in Erfüllung gegangen. Daher ist es kein Zufall, dass auch das Präsidium des Großkomitees des Ungarischen Landesfahnenverbandes mit der Rolle der Landesfahnen in den Bildungseinrichtungen weitgehend zufrieden war. „Der Gedanke der Landesfahne und der dadurch vermittelte Gedanke von Großungarn kann die Mission in der Seele der jüngsten ungarischen Generation unter der Führung ausgezeichneter Leiter immer besser erfüllen, die aus der Sicht des Kennenlernens der Geschichte des tausendjährigen Landes und der heißen Vaterlandsliebe bei den bereits nach Trianon geborenen kleinen Ungarn so sehr erforderlich ist [...]“, lautete die kurze Zusammenfassung der Wirkungen.

LAJOS SZÜCS

DIE GESCHICHTE DES HEBAMMENINSTITUTS IN SZOLNOK

Vor dem Ausbau des staatlichen öffentlichen Gesundheitswesens und des Systems staatlicher Geburtshelferinnen und Fürsorgerinnen war es die Aufgabe der Hebammen, die Entbindung vorzubereiten, die Geburt bei den kreißenden Frauen zu begleiten und sich um die Wöchnerin in der Zeit des Wochenbetts zu kümmern. Sie wuschen und pflegten die Neugeborenen und durften sie sogar taufen.

Das Netz des staatlichen öffentlichen Gesundheitswesens, das im Königreich Ungarn nach 1867 ausgebaut wurde, machte es erforderlich, dass die Hebammen in Einrichtungen, in Lehranstalten ausgebildet werden.

Eine der bedeutendsten Hebammenlehranstalten gab es in Großwardein/Nagyvárad/Oradea in Ostungarn. Die Tätigkeit in dieser Einrichtung begann am 7. Januar 1873; ihr erster Direktor war Dr. Márk Konrád, der sie bis zu seiner Pensionierung 1914 leitete. Aufgrund seiner Verdienste wurde ihm am 6. Januar 1914 in Wien der Adelstitel verliehen, den seine Familie mit dem Prädikat von „Tornyos“ nutzen durfte.

Die Leitung der Lehranstalt von Großwardein übernahm 1914 der Sohn von Dr. Márk Konrád, Dr. Jenő Konrád von Tornyos, der bis 1920 als Direktor tätig war, als die rumänischen Behörden Dr. Alexandru Nemeş zum Direktor ernannten. Jenő Konrád flüchtete mit seiner Familie und der Hebammenlehranstalt von Großwardein nach Szolnok, wo er 1922 im städtischen Allgemeinen Krankenhaus seine Arbeit fortsetzte. Auf Jenő Konráds Antrag und die Initiative des Kultusministers Kuno Klebelsberg, des Obergespanns des Komitats Jász–Nagykun–Szolnok, Sándor Almásy, und des Vizegespanns des Komitats, Imre Alexander, entschied 1923 die Stadtvertretung von Szolnok – mit dem Bürgermeister Viktor Zrumetzky an der Spitze – das Hebammeninstitut in einem neuen Gebäude untergebracht werden soll.

Der Bau des neuen Instituts begann am 23. Oktober 1924 anhand der Pläne von DiplomArchitekt Géza Kappéter und wurde am 17. August 1926 abgeschlossen. Die feierliche Übergabe erfolgte am 16. Oktober, der neben der Stadtführung Reichsverweser Ritter Miklós Horthy von Nagybánya und Kultusminister Kuno Klebelsberg persönlich beiwohnten.

Als Nachfolge der Hebammenlehranstalt von Großwardein brachte das Hebammeninstitut in Szolnok Erneuerung im Leben der Stadt und des Komitats Jász–Nagykun–Szolnok, die nach dem Trauma von Trianon wieder zu sich gekommen waren.

IZABELLA DRÓCSA

DER STELLVERTRETENDE VOLKSKOMMISSAR FÜR WOHNUNGSWESEN VOR GERICHT: PROZESS GEGEN ZOLTÁN SZÁNTÓ UND MITSTREITER IN DER HORTHY- ÄRA

Der ehemalige stellvertretende Volkskommissar für Wohnungswesen Zoltán Szántó kehrte 1927 nach Ungarn zurück, um die Führung der neugegründeten Kommunistischen Partei Ungarns (im Weiteren KMP) zu übernehmen. Die bolschewistische Partei brauchte eine legale „Tarnorganisation“, damit die Behörden von der geheimen staatsfeindlichen Verschwörung nicht Wind bekamen. Deshalb suchte Szántó den Leiter der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (im Weiteren: MSZMP), István Vági auf, der bereit war, seine Partei den Zielen der III. Internationale unterzuordnen und mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Die Polizei verhaftete im Februar 1927 die KMP- und die MSZMP-Mitglieder, die an der geheimen Bewegung beteiligt waren. Nach der Sammlung von Beweisen schlug Staatsanwalt Ágost Miskolczy vor, wegen des dringenden Verdachts der Vereinigung zum Aufruhr nach § 156. im Csemegi-Kodex das Standgericht einzuberufen. Die Rechtsgrundlage für das beschleunigte Verfahren bildete die Verordnung des Justizministers Nr. 135/1924. In dieser Arbeit wird die gesetzliche Regelung bekannt gemacht, die die Anwendung des Standrechtes zu Friedenszeiten ermöglichte, womit die Behauptungen der Geschichtsschreibung nach 1945 dementiert werden, die die Unrechtmäßigkeit des Standrechtes betonten. Darüber hinaus werden die Verordnung des Justizministers zur Regelung des Standrechtsverfahrens Nr. 9550/1915. sowie das Vorgehen der ermittelnden Behörden und der Staatsanwaltschaft verglichen.

Das Standgericht berief sich auf das Fehlen des Wirkungsbereichs und fasste schließlich einen Beschluss zur Fortsetzung der Strafsache auf dem ordentlichen richterlichen Wege. Anschließend erhob die Anklagebehörde nach §1–2. des Gesetzes III. aus dem Jahre 1921 für den wirksameren Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Anklage gegen die Beschuldigten wegen umstürzlerischer Tätigkeit sowie Unterlassung der Anzeigepflicht nach §3. Das Gericht akzeptierte diese Anklagepunkte, so wurde Zoltán Szántó wegen schwerer umstürzlerischer Tätigkeit zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren und sechs Monaten, zu zehn Jahren Amtsverlust und zur Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. István Vági wurde wegen des Regelfalls desselben Delikts mit einer Zuchthausstrafe von vier

Jahren und sechs Monaten mit zehn Jahren Amtsverlust und der Aberkennung der politischen Rechte sanktioniert. Weitere zweiundzwanzig Personen wurden wegen Mangels an strafbarer Haltung freigesprochen.

KRISZTIÁN GLAUB

MOSAIKEN AUS MIHÁLY FARKAS' LEBEN VOR 1945

Das Leben und die politische Tätigkeit des ehemaligen Verteidigungsministers und späteren stellvertretenden Generalsekretärs der MDP (Partei der Ungarischen Werktätigen) Mihály Farkas nach 1945 sind heute bereits hinlänglich bekannt. Gleichzeitig gibt es immer noch viele Fragezeichen in Bezug auf den früheren Abschnitt seines Lebens, der nicht leicht rekonstruiert werden kann, teils, weil wenig Quellen zur Verfügung stehen und teils, weil sie gesperrt sind. Dennoch ist es wichtig, gewisse grundlegende Fakten auch aus dieser Periode ausfindig zu machen, um die Denkweise des 1945 nach Ungarn gekommenen kommunistischen Politikers und sein Verhältnis zur Idee und zur Sowjetunion kennenzulernen.

Mihály Farkas wurde am 18. Juli 1904 in Abaújszántó (Nordungarn, Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén) als Herman Löwy geboren. Schon in jungen Jahren geriet er unter den Einfluss der sozialistischen und kommunistischen Ideen, die er konsequent vertrat, anfangs in der neu entstandenen Tschechoslowakischen Republik. Da der neue Staat der Ausbreitung der Kommunisten feindlich gegenüberstand, ist es verständlich, dass Farkas/Löwy gemeinsam mit seinen Genossen kaum 20jährig wegen kommunistischer Agitation und Aufruhr vor Gericht gestellt wurde und im Laufe unterschiedlicher Verfahren eine Gefängnisstrafe von sechseinhalb Jahren erhielt. 1930 wurde er bedingt freigelassen, wonach er zunächst nach Prag, später nach Moskau ging. Dort bekam er bedeutende Positionen: Er war einer der Sekretäre der Jugendorganisation der Kommunistischen Weltpartei Komintern, der Kommunistischen Jungarbeiter-Internationale (KII). In dieser Eigenschaft erfüllte er verschiedene Aufträge – nunmehr unter seinem Namen Wolf in der Bewegung – Anfang der 30er-Jahre in Westeuropa. 1937 geriet er sogar in das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Spanien. Die Jahre des „Großen Terrors“ in Moskau verschonten jedoch auch Wolfs Umfeld nicht; nachdem einer seiner besten Freunde und Unterstützer verhaftet worden war, wurde auch seine Lage akut, schließlich jedoch gelang es ihm mit Hilfe einflussreicher Fürsprecher, die Säuberungen zu überleben, er konnte sogar auch seine hohen Positionen behalten.

Auf Bitten des Ende 1940 in Moskau eingetroffenen Mátyás Rákosi kam er von der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei in die Kommunistische Partei Ungarns (KMP), von da an können sein persönliches Interesse an ungarischen Angelegenheiten und Rákosis stabile Unterstützung für ihn datiert werden. Nach dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 war er Mitarbeiter des in Gründung befindlichen Moskauer Kossuth Radios, dann Frontpropagandist als bestimmende Figur

der KMP. Davon zeugt auch, dass er schon 1943 vollberechtigtes Mitglied des Auslandskomitees war, der Spitze der Partei. Seinen zunehmenden Einfluss stabilisierte er im Laufe kleinerer oder größerer Schlammschlachten innerhalb der Partei, wobei er konsequent für Rákosis Linie eintrat. Von der Aufwertung seiner Person zeugen auch die Versuche, ihn mit wichtigen Parteaufträgen nach Ungarn entsenden zu wollen, die schließlich aus unterschiedlichen Gründen ausblieben. In der zweiten Hälfte 1944 hielt er sich – als Vertreter der Partei – ständig an der Front auf und bereitete laufend die Agitations- und Propagandaarbeit und die Rückkehr der sorgfältig selektierten kommunistischen Führer nach Ungarn vor. Dies wurde schließlich Anfang November 1944 realisiert. Unter den allerersten Heimkehrenden findet man auch Mihály Wolf (zu dieser Zeit schon Farkas), Mitglied der Zentralleitung der neu gegründeten Ungarischen Kommunistischen Partei MKP.

JUDIT HAMMERSTEIN

EIN UNGARISCHER MILITÄR-KUNDSCHAFTER IM LAND DER BOLSCHEWIKEN – OBERST NÁNDOR TARÓCZYS UNGEWÖHNLICHER BESUCH IN DER SOWJETUNION

Nándor Taróczy (1874–1973) kann zweifelsohne als einer der aufregendsten Vertreter unter den ungarischen Reisenden betrachtet werden, die in der Zwischenkriegszeit die Sowjetunion aufsuchten. Die Reise des militärischen Fachreferenten 1925, der an der ungarischen Botschaft in Tallinn (Reval) als Diplomat getarnt arbeitete, verdient in erster Linie aus der Sicht der Geschichte des ungarischen militärischen Nachrichtendienstes und der ungarisch-sowjetischen diplomatischen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit. Sein Reisebericht kann zugleich auch in die Reihe der zeitgenössischen Reisebeschreibungen eingefügt werden. Taróczy war einer der besten Russlandexperten der Epoche, durch sein Wissen, seinen Informationsstand und Scharfsinn sowie seine Sprachkenntnisse ragte er aus dem damaligen diplomatischen Umfeld weit heraus.

Da Ungarn und die Sowjetunion zu damaliger Zeit noch keine diplomatischen Beziehungen unterhielten – die einschlägigen Anstrengungen und die Abstimmungen in Berlin verliefen bis 1925 im Sand –, werfen die Umstände von Taróczys Reise sowohl aus sowjetischer als auch aus ungarischer Sicht zahlreiche spannende Fragen auf.

Die Gattung von Taróczys Reisebericht *Szovjetuniói utazásom. 1925. április-május* (Meine Reise in der Sowjetunion – April–Mai 1925), der als Manuskript erhalten blieb, ist schwer zu bestimmen. Es handelt sich nämlich um einen für den „internen Hausgebrauch“ vorgesehenen Bericht im Außenministerium, der neben der Beschreibung offizieller Begegnungen auch Elemente realer Reisebeschreibungen enthält. Der Besuch des Obersten - bei seiner Abreise war er ein Oberst im militärischen Rang, bei seiner Rückkehr bereits ein General - kann als eine ureigene Mischung einer privaten und einer „offiziellen“ Reise betrachtet werden: Während er informelle Gespräche mit hochrangigen sowjetischen Beamten führte, durfte er ohne sowjetische Begleitung in Gesellschaft seiner russischen Frau im Land umherfahren und gewann dabei Einblick ins Leben sowjetischer Dörfer und Kleinstädte. Die Darlegung der beiden Besuche in der Provinz und der Erlebnisse in Moskau liefern den Charakter des Berichtes als Reisebeschreibung, und zudem macht sie den größeren Teil des Textes aus. Taróczys Informiertheit ist über jeden Zweifel erhaben, zugleich scheint er kein Human-Intellektueller gewesen zu sein. Als Militär hatte er Aufgaben

der Diplomatie und des Nachrichtendienstes zu verrichten, daher standen primär die inneren politischen Kräfteverhältnisse, die außenpolitischen und kriegsbezogenen Absichten und Wirtschaftstendenzen usw. im Vordergrund seines Interesses.

Als eine der großen Tugenden des Berichtes zeigt sich die ausführliche, stellenweise wortwörtliche Wiedergabe der Verhandlungen mit den Sowjets. Damit bietet er Einblick nicht nur in die diplomatischen und militärischen Absichten der ungarischen und der sowjetischen Seite, sondern auch eine Kostprobe von der damaligen sowjetischen Einstellung und Mentalität bei Verhandlungen. Ferner ist auch die Beschreibung der Erlebnisse beachtlich, die Taróczy während seines Aufenthalts im Land und in Moskau als „Zivilperson“ sammeln konnte. Der Autor zeichnete ein insgesamt verheißungsvolles Bild von der Sowjetunion, er enthielt sich augenfällig eindeutig negativer Anmerkungen und scharfer Formulierungen. (Ausgesprochen verurteilende Kritiken im Bericht kann man in Bezug auf die zaristische Welt lesen.) In seinem Reisebericht zeichnete er das Bild eines stetig gedeihenden, sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich konsolidierten, berechenbaren und immer weniger sozialistischen und im Vergleich mit dem als äußerst verdorben bewerteten Zarenregime auch moralisch viel gesünderen Landes. Das Bild eines Staates, der sich zu einem Imperium entwickelt, für den die gesellschaftliche Unterstützung stark ist und auf dessen Zusammenbruch zu rechnen, resultiert deshalb aus dem völligen Missverständnis beziehungsweise der Unkenntnis der Lage. Diese positiv gefärbte Einschätzung zeichnet sich auch im nächsten Bericht des Autors *Összefoglaló helyzetkép Szovjetországáról 1925. év szeptember havában* (Zusammenfassender Lagebericht über Sowjetrußland im September des Jahres 1925) ab, in dem er sich teilweise ebenfalls auf seine Reiserlebnisse stützte. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin, dass diese Arbeit bereits eine klassische akkurate Analyse mit zahlreichen statistischen Angaben darstellt, die keinerlei persönliches Moment mehr beinhaltet.

Taróczys Voreingenommenheit beim Aufzeigen eines insgesamt günstigen Bildes, das auf negative Dinge (wie Mangel an Freiheit, Gewalt, gesellschaftliche Ungleichheiten, Elend usw.) so gut wie verzichtet, bedarf einer Erklärung. Der Grund ist offensichtlich darin zu suchen, dass der Autor seine Vorgesetzten überzeugen wollte, dass Ungarn so bald wie möglich diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnehmen sollte. Für ihre Notwendigkeit sprachen seiner Ansicht nach der gesunde Menschenverstand und Ungarns Interesse: nicht nur die wirtschaftlichen und kommerziellen Vorteile, sondern auch der entscheidende Gesichtspunkt, dass Ungarn zur Realisierung seiner Revisionsbestrebungen Verbündete nicht im Westen, sondern in den Sowjets finden kann, die an der Aufrechterhaltung des Friedenssystems von Versailles genauso interessiert waren. Für die ungarischen Entscheidungsträger, die der

Sowjetunion gegenüber von vornherein argwöhnisch waren, wollte Taróczy nicht das ohnehin schon negative Bild von der Sowjetunion bestätigen, im Gegenteil: Er wollte durch das fast schon propagandamäßige „Auftischen“ der sowjetischen Wirklichkeit hervorheben, dass man den bolschewistischen Staat nicht zu fürchten brauchte, denn es ging um ein berechenbares und sich zu einem immer stärkeren Reich entwickelndes Land, mit dem man verhandeln kann und mit dem es sich lohnte zu verhandeln. Mit seiner Abhandlung über die Reiseerlebnisse und seinem Lagebericht 1925 untermauerte Taróczy praktisch – anders als in einzelnen Formulierungen in späteren Meldungen – die Argumentation seiner sowjetischen Verhandlungspartner.

ANDRÁS JOÓ – LOVICE MARIA ULLEIN-REVICZKY

DIE REISE DES GESANDTEN ANTAL ULLEIN-REVICZKY MIT SEINER FRAU UND TOCHTER VON BUDAPEST NACH STOCKHOLM IM SEPTEMBER 1943, IN EINER STÜRMISCHEN PHASE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

(QUELLENPUBLIKATION)

Die hier vorliegende Quellenpublikation ist eine texttreue Übersetzung des englischen Manuskripts, das in den Monaten nach Ende März 1944, ganz bestimmt noch in der Zeit der Sztójay-Regierung zu Papier gebracht wurde. Das ursprünglich maschinengeschriebene Manuskript wollte man in irgendeinem englischen Presseorgan veröffentlichen. Autorin des Textes war Lovice Louisa Grace Cumberbatch, die Gattin englischer Herkunft von Antal Ullein-Reviczky, der in den Monaten zwischen dem Herbst 1943 und Ende März 1944 als Ungarns Gesandter in Stockholm diente. Auf den Seiten des vorigen VERITAS-Jahrbuches 2020 ist schon eine Studie zu lesen, die aufgrund der Tagebucheintragungen der Ehefrau in den Jahren 1941–1942 verfasst wurde. Mit dieser Publikation ist die jetzige Mitteilung verbunden.

Die Familie Ullein-Reviczky trat die Reise vom Budapester Ostbahnhof in Richtung Stockholm am 20. September 1943 an. Die Diplomategattin zeigt, beginnend mit der Verabschiedung am Bahnhof mit einem beachtlichen Zeremoniell, wie sie ihre Reise erlebte und welche Erlebnisse ihnen während der Reise zuteilwurden. Man kann sich ein Bild davon machen, wie sich eine längere Reise durch das kriegsgebeutelte Europa über die deutsche Hauptstadt Berlin abgespielt haben dürfte. Die Zusammenfassung der Berliner Erlebnisse und Erfahrungen ist vielleicht am anschaulichsten. Es tauchen die bedeutendsten Orte der Stadt auf, das Bild der Bahnhöfe und vor allem die ungarische Gesandtschaft mit dem Gesandten Döme Sztójay schlechten Gedenkens an der Spitze auf, der kaum einige Monate später, nach der deutschen Besatzung Ungarns ungarischer königlicher Ministerpräsident wurde. Der ungarische Gesandte gab in dem bis heute berühmten Hotel Adlon ein Festessen, das unter den Kriegsverhältnissen erst recht luxuriös genannt werden konnte.

Die Reise ging nach einem kleineren Abstecher aufs Land nach Warnemünde weiter, von wo aus die Familie Ullein-Reviczky per Schiff dänisches Gebiet erreichte. Nach einer weiteren Bahnreise kam sie in der Hauptstadt des nordeuropäischen Landes an. Obwohl Dänemark ein okkupiertes Land war, machte Kopenhagen einen sehr günstigen Eindruck, die Einwohner waren im Hinblick auf ihre nahe Befreiung in zuversichtlicher Stimmung. Sie übernachteten in der dänischen Hauptstadt, setz-

ten ihre Reise am nächsten Tag per Schiff nach Malmö fort und erreichten schließlich (wieder per Bahn) Stockholm, den Posten des Gesandten. Die Einleitung zur Quellenpublikation informiert ausführlich über die Rolle der Hauptstadt des neutralen Schwedens in der Kriegsdiplomatie, als Schauplatz der Manöver der Nachrichtendienste der einander gegenüberstehenden Mächte. Erwähnt werden auch aus ungarischer Sicht wesentliche Schlüsselfiguren des Schauplatzes Stockholm. Ferner waren wir bemüht, in Anmerkungen oder in der Einleitung alle interessanten oder konkretere Fragen aufwerfenden Informationen zu erläutern, die im Text stehen.

Unsere Quelle kann durch das Aufzeigen eines spezifischen und einzelnen Aspekts nützliche zusätzliche Daten zur Einschätzung der damaligen Situation Ungarns liefern. Was die Veröffentlichung und die Anfertigung der Anmerkungen angeht, hat uns Lovice Maria Ullein-Reviczky, die in der Quelle als Kind erwähnt wird und hier als Ko-Autorin angeführt ist, unentbehrliche Hilfe geleistet. Sie hat uns das maschinengeschriebene Originalmanuskript zur Verfügung gestellt und die originalgetreuen Transkriptionen des heute schon schwer lesbaren, natürlich handgeschriebenen Textes des Tagebuches ihrer Mutter angefertigt. Aus den im Tagebuch formulierten Informationen schöpften wir auch diesmal reichlich, genauso wie im Fall unserer früheren, oben bereits erwähnten Publikation (VERITAS Jahrbuch 2020), die sich fast vollständig auf die Tagebucheinträge stützte. Diesmal wollten wir aber einen abweichenden, wirklich vollständigen, integren Text der Autorin des Tagebuchs darstellen, der als recht passende Ergänzung der in Bearbeitung befindlichen Aufzeichnungen des Tagebuchs aufzufassen ist.

DÁVID KISS

DIE KOMMUNISTEN UND DIE HEIKEHRENDEN KRIEGSGEFANGENEN

Aus den Ereignissen des Jahres 1947 ist ersichtlich, dass die Ungarische Kommunistische Partei in der Tat bemüht war, sich für die Heimkehr der Kriegsgefangenen einzusetzen; dies lag jedoch eher an den Sowjets und nicht an ihr. Ihre Tätigkeit war sehr wohl widersprüchlich, denn die Kommunisten wollten in erster Linie die Heimkehr der für sie aus Sicht der Wahlen als positiv eingeschätzten Personen fördern, während sie die anderer, wie der Menschen deutscher Nationalität, ausgesprochen behinderten. Fremdenhass gab es auch bei ihnen, er wurde nur nicht an die große Glocke gehängt, wie dabei auch Mitglieder des schwächeren Geschlechts nicht in Betracht gezogen wurden. Ihre geschmacklose Wichtigtuerei löste zugleich bei vielen Menschen offensichtlich Antipathie aus. Den Großteil der Heimkehrer und deren Familien konnten sie im Gegensatz zu ihren Plänen nicht unter ihren Einfluss bringen, sie konnten allerdings eine Menge Daten über sie beschaffen. Sie waren überall zugegen, schleusten ihre Leute überall ein. Von den Menschen, die sich mit der Angelegenheit der Kriegsgefangenen befassten, waren etliche ehemalige Partisanen oder hatten antifaschistische Schulen absolviert; die Sowjets kannten sie, daher vertrauten sie ihnen. Ein gutes Beispiel dafür war Sándor Sziklai, der ihnen in regelmäßigen Meldungen berichtete.

JÁNOS RÁCZ

EIN ANDERER FALL JACZKÓ

Am 17. November 1947 nach 19.00 Uhr wurden im Hof des Budapester Sammelgefängnisses zwei Männer erhängt. Einer von ihnen war der Apotheker Iván Jaczkó, der Bruder des inzwischen schon diskreditierten Politikers der Kleinlandwirtepartei Pál Jaczkó. Ihre öffentliche Hinrichtung verfolgte eine kleinere Menschenmenge. Kaum einige Stunden zuvor hatte es das Standgericht für erwiesen angesehen, dass sie vier Tage zuvor das Budapester Rathaus in die Luft sprengen wollten. In dieser Arbeit wird versucht, die Geschehnisse aufgrund der auffindbaren Quellen zu analysieren. Demnach ist zu vermuten, dass hinter dem ganzen Fall die Hexenküche der Staatssicherheit stand. Die politischen Ermittler kreierten eine antikommunistische bewaffnete Terrorgruppe, um sie mit dem Prozess gegen die Ungarische Brüderliche Gemeinschaft zu verbinden. Deshalb wurden alle möglichen Mittel eingesetzt; sie schreckten sogar davor nicht zurück, das Konzept noch mehr zu erweitern und auch den jesuitischen Provinzial in Ungarn zu verhaften. Auch der Kontext vom Kalten Krieg wurde mit verwendet. Nicht einmal Verwandte und einzelne Bekannte der Hingerichteten konnten der Bloßstellung entgehen. Einige von ihnen verließen 1956 das Land nach ihrer Freilassung. Dieser Fall ist auch deshalb von Bedeutung, weil wir es dieses Mal nicht mit einem gewöhnlichen gesetzwidrigen Verfahren des Volksgerichtes zu tun haben. Gerade deshalb kann er unsere Kenntnisse auch über die Möglichkeiten der politischen Rechtsprechung der Epoche bereichern.

JUDIT ANTÓNIA FARKAS

DIE AMERIKANER ERHÖRTEN DEN HILFERUF DER UNGARN

DRINGENDE HILFSAKTION DES INTERNATIONAL RESCUE COMMITTEE IN DEN TAGEN DER REVOLUTION 1956

Wie die Demonstrationen, Solidaritäts- und Hilfsaktionen weit und breit in den USA zeigen, erklärte die amerikanische Gesellschaft nach Ausbruch der Revolution 1956 sofort und eindeutig, dass sie die sowjetische Aggression verurteilt, an der Seite der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Ungarn steht und auf ihre baldmöglichste Unterstützung drängt. Ein Teil der Öffentlichkeit hätte ein viel entschiedeneres und schnelleres Auftreten und neben der humanitären eine sofortige politische und militärische Hilfe von der im Hinblick auf den bewaffneten Konflikt in Ungarn unvorbereiteten und passiven Eisenhower-Regierung erwartet, die wegen der Gefahr eines atomaren Krieges von Anfang an mit der Möglichkeit einer Verhandlungslösung rechnete. Gegenüber den Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen wurden ebenfalls ähnliche Kritiken formuliert.

Von den amerikanischen NGO-s, die sich mit humanitärer Hilfe befassten, reagierte das International Rescue Committee (IRC), das die Verfolgten und Flüchtlinge nationalsozialistischer, faschistischer und kommunistischer Diktaturen seit fast 25 Jahren unterstützt, am schnellsten auf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution. Der Vorsitzende der IRC-Geschäftsleitung, Leo Cherne, reiste nach Budapest und übergab den Revolutionären, den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und Kardinal Mindszenty am 1. November 1956 die ersten dringenden symbolischen Hilfspakete der Amerikaner, die das Leben rettende Antibiotikum der Firma Pfizer, Verbandstoffe und Kleider enthielten. Das IRC betrieb eine erfolgreiche Kampagne für die „ungarischen Befreiungskräfte“ und die moralische Unterstützung und humanitäre Hilfe für eine zu erwartende Zahl ungarischer Flüchtlinge, so dass das Gewissen und die Sympathie der amerikanischen Menschen für die Ungarn in der Tat geweckt wurden. In meiner Studie stelle ich die erste, in Ungarn weniger bekannte Phase des ungarischen Hilfsprogramms des IRC während der Revolution 1956 vor, in dessen Mittelpunkt eine Ein-Mann-Aktion des Investment-Bankers an der Wall Street John Richardson Jr. und die Hilfsmission von Leo Cherne in Budapest standen. Dabei suchte ich die Antwort auf die Frage, welche Faktoren bei dem enormen, die gesamte amerikanische Gesellschaft mobilisierenden Erfolg der humanitären Hilfsaktion des IRC eine Rolle spielten.

ZSUZSANNA KÖRÖSI

BILDUNGSWEG BENACHTEILIGTER JUGENDLICHER IN DEN 1950ER- UND 1960ER-JAHREN – SOZIALE HERKUNFT ALS SCHWERES HINDERNIS

Nach 1948 wurde auch das Bildungssystem in Ungarn entsprechend den politischen und ideologischen Zielen des Staatssozialismus umgestaltet. In der Hochschulbildung wurde unter anderem die Kategorisierung der neuen Studienbewerber nach ihrer Abstammung eingeführt und vorgeschrieben, zu welchem Anteil Arbeiter- und Bauernkinder aufzunehmen sind. Grundlage der Einstufung bildete der Beruf der Eltern (typischerweise des Vaters) in den Jahren 1938, 1944 und aktuell sowie seine gesellschaftliche Situation. Dies bedeutete in der Praxis, dass die Studenten vier Kategorien – Arbeitern, werktätigen Bauern, Sonstigem und X – zugeordnet waren. Unter X wurden Kinder von Klassenfremden, d.h. Ausbeutern, Kulaken, Großhändlern vor der Verstaatlichung, Großindustrielle, Berufssoldaten und Gendarmen vor 1945 eingestuft. Mit dieser administrativen Maßnahme wurde der herausragende Anteil von Studenten, die aus dem Volk stammten, gewährleistet. Auf diese Weise sollte denen die Möglichkeit des Studiums verwehrt werden, die als unerwünscht gebrandmarkt waren. Im November 1962 wurde die Unterscheidung nach Abstammung zwar abgeschafft, aber Kinder von Werktätigen, die körperlich tätig waren, wurden bis zur Wende weiterhin bevorzugt. Parallel dazu wurde in der Beurteilung der Aufnahmekandidaten ihre politische Zuverlässigkeit besonders betont; d.h. Studenten, die den Religionsunterricht und die Kirche regelmäßig besuchten, ihre Religion ausübten, gerieten in einen fast unaufholbaren Nachteil. In diesem Beitrag gewinnt man aufgrund von Oral-History-Interviews einen Einblick, welcher Diskriminierung die wegen ihrer Abstammung und ihres Glaubens gebrandmarkten Jugendlichen während ihrer Berufswahl ausgesetzt waren und welche Anstrengungen sie unternahmen, um diese zu kompensieren. Die Geschichte der dargelegten sieben Jugendlichen spiegelt auf der Ebene der Mikro-Historie die Epoche, die Schicksalsprüfungen in Ungarn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wider.

PÉTER BERTALAN

VON KAPOSVÁR ÜBER BUDAPEST BIS ULAN-BATOR

DIE GESCHICHTE EINER MONGOLISCHEN VERBINDUNG

Diese Arbeit rekonstruiert aufgrund zeitgenössischer Quellen die Einschaltung des Komitats Somogy und der Stadt Kaposvár, die im Laufe der 1970er-Jahre eine intensive Industrieentwicklung mitgemacht hatten, in den Kreislauf der internationalen Wirtschaftspolitik. Für die Region bedeutete die Landwirtschaft die Hauptpriorität. Am Beispiel eines bedeutenden Unternehmens der mit der Landwirtschaft eng verbundenen Verarbeitungsindustrie, des Fleischkombinats Kaposvár, wird ein interessanter Moment der Geschichte der Stadt aufgezeigt. Als hervorgehobener Wirtschaftspartner des kommunistischen Ungarns galt in den 1970er-Jahren die Mongolei, die ebenfalls „den holprigen Weg“ des Sozialismus eingeschlagen hatte. Sie befand sich am Schnittpunkt des Interessensystems und geopolitischen Aktionsradius zweier Staaten, Chinas und der Sowjetunion, daher war ihr außenpolitischer Spielraum begrenzt und durch die jeweiligen Großmachtsinteressen stark determiniert. Ungarische Fachleute halfen bei der Industrialisierung der Mongolei, deshalb brachten von Zeit zu Zeit auch die Politiker gegenseitig ihre Anerkennung für die erzielten Ergebnisse zu Ausdruck und ernteten dafür die politischen Lorbeeren. Es war ein seltenes Ereignis, dass ein kommunistischer Diktator einen von Budapest weit entfernten Komitatssitz aufsuchte. Genau das passierte im Sommer 1974, als der Führer der Mongolischen Revolutionären Volkspartei Jumshagin Zedenbal in Kaposvár zu Besuch war. Ihn empfing Péter Varga, der neu ernannte Erste Sekretär des Komitats. Aufgrund wertvoller Quellen im Komitatsarchiv Somogy des Ungarischen Nationalarchivs ist es gelungen, einen interessanten Moment eines längeren Forschungsprozesses darzustellen.

ATTILA SERES

VIER STUNDEN ZWISCHEN DER SOWJETISCHEN BOTSCHAFT IN BUDAPEST UND DEM GRENZÜBERGANG HEGYESHALOM

DIE GESCHICHTE EINES „BETYAREN“ IN DER KÁDÁR-ÄRA (1980–1981)

In diesem Beitrag wird die auf frappierendste und – ganz sicher – findigste Weise durchgeführte Republikflucht in der Kádár-Ära, die ihr vorausgegangene Ereignisreihe, der Diebstahl eines Kraftfahrzeuges, die zugleich einem Krimi ähnliche und erschütternde Geschichte einer Fahnenflucht und eines Grenzdurchbruchs beschrieben. Als Ausgangspunkt der Arbeit diente ein im Landesarchiv des Ungarischen Nationalarchivs befindliches Dokument, eine ausführlich informierende Aufzeichnung des Innenministeriums an das Außenministerium, datiert vom 1. April 1980. Der Soldat Szabolcs Pintér drang in den frühen Morgenstunden des 26. März 1980 in das Gelände der Budapester sowjetischen Botschaft ein und stahl den dort geparkten Autobus des Typs Ikarus 255 mit einem Diplomaten-Kennzeichen. Da die ungarischen Regierungsposten, die das Gebäude der Botschaft überwachten, kein unbefugtes Eindringen bemerkt hatten, hielten sie es für selbstverständlich, dass Botschaftsmitarbeiter „von innen“ mit dem Bus vom Hof der Vertretung hinausfahren.

Der Diebstahl des Busses fiel auch den Mitarbeitern der sowjetischen Botschaft nicht auf, denn das Tor zum Hof der Botschaft stand stundenlang sperrangelweit offen. Der ungarische einfache Soldat konnte – nach einem kurzen Abstecher in seiner Kaserne – im Besitz seiner gefälschten diplomatischen Immunität bis nach Hegyeshalom rasen: An den Kontrollpunkten auf den Landstraßen dachte keiner daran, den Bus zu kontrollieren, denn Kraftfahrzeuge ausländischer Vertretungen und deren Fahrgastraum genossen im Sinne der Wiener Konvention 1961 das Recht der Exterritorialität. Wegen des Kennzeichens für Diplomaten wurde der Bus auch auf das Gebiet des Verkehrskontrollpunktes in Hegyeshalom ohne vorherige Pass- und Gepäckkontrolle hineingelassen. Nachdem sie die Absicht zur Grenzverletzung wahrgenommen hatten, eröffneten die Grenzer vor der zweiten Schranke des „Schleusensystems“ des Grenzübergangs auf den Autobus, der an Fahrt gewann, aus Maschinenpistolen das Feuer, der Fahrer überlebte jedoch auf wundersame Weise den Beschuss und kam nach dem Durchbrechen der Schranke unversehrt in Österreich an. In der Arbeit werden die Motivationen Szabolcs Pintérs detailliert untersucht, die äußerst aufregenden Ereignisse der vier Stunden vom Diebstahl des Busses bis zum Durchbruch bei Hegyeshalom beschrieben und dabei wird auch ver-

anschaulicht, mit welchen Methoden die ungarischen Staatssicherheitsorgane in der Kádár-Ära bemüht waren, einem in den Westen geflüchteten ungarischen Staatsbürgers (Dissidenten) „zu greifen“, wie sie versuchten, ihn zur Heimkehr zu zwingen beziehungsweise die österreichischen Organe des Inneren mit konspirativen Mitteln in die Richtung zu leiten, dass sie ihn nach Ungarn abschieben.

KRISZTINA BOGNÁR-KISS

ENTSCHÄDIGUNG IN UNGARN – DIE ANFÄNGE, WIE SIE DIE ZEITUNGSLESER AUF DEM LAND SEHEN KONNTEN

Das erste frei gewählte Parlament sah es vor 30 Jahren als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, für die moralische Rehabilitierung der Staatsbürger zu sorgen, denen in den Jahrzehnten der Willkürregimes Unrecht widerfahren war, und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und der Möglichkeiten des Landes deren materielle Entschädigung anzuordnen.

Das Gesetz Nr. XXV. aus dem Jahre 1991, das zur Regelung der Eigentumsverhältnisse die teilweise Entschädigung der zu Unrecht verursachten Schäden am Eigentum der Staatsbürger verfügte, wurde am 11. Juli 1991 verkündet. Den Gesetzesentwurf zur Einführung des Begriffs der Entschädigung und des Entschädigungsscheins sowie dessen Nutzung bei Bodenauktionen bereitete der Justizminister bereits im Dezember 1990 vor. Im Februar 1991 begann der parlamentarische Prozess über dessen modifizierten Text; zu einer ausführlichen Debatte kam es an vier Sitzungstagen im April. Die erste Version des Gesetzes wurde am 23. April vom Parlament verabschiedet. Nach der Abstimmung gingen beim Verfassungsgericht zahlreiche Anträge ein, die verfassungsrechtliche Bedenken aufwarfen; vor der Verkündung verlangte auch der Präsident der Republik in Bezug auf mehrere Bestimmungen des Gesetzes eine Stellungnahme dieser Instanz, die einige Abschnitte der Rechtsnorm in der Tat für verfassungswidrig erklärte. Aufgrund dieses Beschlusses gelangte der neue Entwurf, der das Gesetz entsprechend dem Gerichtsbeschluss umformulierte, im Juni 1991 zu den Abgeordneten. Den endgültigen Text nahm das Parlament auf seinem Sitzungstag am 26. Juni an.

Zu den Wochenblättern Ungarns mit der größten Vergangenheit gehört *Szabad Föld* (Freie Erde), dessen erste Ausgabe am 29. August 1945 mit dem Leitartikel des Ministers für Ackerbau Imre Nagy erschien. Unter dem Haupttitel der Zeitschrift, die als Presseorgan der Ungarischen Kommunistischen Partei begonnen hatte, ist heute folgender Auftrag zu lesen: Zeitung der ungarischen Provinz. Sie galt vor der Wende als alleinherrschend unter den Presseerzeugnissen mit landesweitem Vertrieb. Noch heute verfügt sie über eines der größten Lager von Abonnenten. In den Artikeln und Berichten der Zeitung hatten in den vergangenen über 75 Jahren neben der Darstellung des Lebens der Menschen und der Lebensform in der Provinz auch aktuelle, die Leser interessierende Themen aus Wirtschaft, Kultur, Familie, Sport, Gesundheit und Wissenschaft ihren Platz.

In der Wendezeit befasste sich natürlich auch *Szabad Föld* in zahlreichen Beiträgen mit dem Entstehen der Gesetze der Entschädigung, der Interpretation ihres Inhalts und der Darstellung der Arbeit der Entschädigungsbehörde, die die ländlichen Regionen des Landes besonders sensibel betrafen. Der vorliegende Beitrag präsentiert anhand der Analyse von Nachrichten, Interviews und Informationsforen in Verbindung mit dem Themenbereich der Entschädigung, wie die Zeitungsleser in Ungarns Provinz das Entstehen des ersten Entschädigungsgesetzes und die praktischen Schritte zu dessen Durchführung sehen konnten.

ZOLTÁN DÉVAVÁRI

DIE STILLE DER BEKLOMMENHEIT I.

DIE ANTALL-REGIERUNG UND DIE UNGARN IN DER VOJVODINA IN DER ERSTEN HÄLFTE 1992 (JANUAR–MAI)

Der Beitrag untersucht die Politikgeschichte der Ungarn im ehemaligen Südungarn, in der Vojvodina, in der an Ereignissen reichen ersten Hälfte des Jahres 1992, wobei er sich auf Dokumente des ungarischen Außenministeriums stützt. Der Autor behandelt ausführlich die Anstrengungen des Ministerpräsidenten József Antall zum Schutze der Ungarn in diesem Landesteil, und zitiert in diesem Zusammenhang seinen Brief an den amerikanischen und den französischen Präsidenten, George Bush und François Mitterand, sowie den britischen und den italienischen Ministerpräsidenten, John Major und Giulio Andreotti, in der Angelegenheit der Ungarn in der Vojvodina. Ferner geht die Arbeit auf die Amerika-Reise des Vorsitzenden der Demokratischen Gemeinschaft der Ungarn in der Vojvodina (Ung. Abk. VMDK), András Ágoston, vom 8. bis 16. Februar 1992 ein, wo er Verhandlungen mit amerikanischen Entscheidungsträgern führte. Zum Schluss werden die Gewalthandlungen vor und im Zusammenhang mit der VMDK-Vollversammlung im April zusammengefasst, die in dieser Zeit ihren Höhepunkt erreichten.

MIHÁLY NOSZKÓ-HORVÁTH

MATERIELLE ENTSCHÄDIGUNG IN UNGARN – DARSTELLUNG DER EINSCHLÄGIGEN ENTSCHÄDIGUNGSDOKUMENTE

Nach der Wende tauchte zu Recht der gesellschaftliche Anspruch auf, für das in den vorangegangenen diktatorischen Systemen erfolgte und aus politischen Gründen erlittene Unrecht irgendwie Abhilfe zu schaffen. Diesem Ziel diente das Rechtsinstitut der Entschädigung, nach deren allgemeinsten Einteilung materielle und persönliche Entschädigung unterschieden wird, je nachdem, welcher Natur das Unrecht war. Bei der Wahl des Themas der Arbeit war es ein wichtiger Gesichtspunkt, dass es 2021 genau 30 Jahre her war, dass das erste Gesetz über die materielle Entschädigung erlassen worden war, dem später mehrere Gesetze folgten. Dargelegt werden die für diesen Bereich geltenden Gesetze, die Praxis des Verfassungsgerichts, die Eigenheiten der Entschädigungsverfahren und die wichtigsten Merkmale der entstandenen Dokumente sowie auch die wichtigsten statistischen Daten.

